

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreise** mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringenlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. **Sperrkarte** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei erstmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 214.

Dresden, Dienstag den 15. September 1908.

19. Jahrg.

## Vom Parteitag.

München, 14. September.

Schon zeitig nahmen heute früh die Delegierten im Belobrom-ale ihre Plätze ein; auch die Pressevertreter fanden sich überaus zahlreich ein, zwei die ganze Breite des Saales durchquerende Reihen waren für sie reserviert, es mögen fast hundert Journalisten und Korrespondenten, mehr als je auf einem Parteitag, anwesend sein, darunter eine größere Zahl von ausländischen Delegierten. Die Tribüne, wo der Tisch des Präsidiums steht, ist ebenso wie die Bänke des Saales schon besetzt, die Götter der Freiheit ruht weithin leuchtend. Die Delegierten haben, zum Teil landsmannschaftlich geordnet, an den langen Tischreihen Platz genommen.

Die Verhandlungen begannen mit der Feststellung der Tagesordnung. Während der von einigen Parteilorten gestellte Antrag, die Öffentlichkeit der Bewegung auf diesem Parteitag zu behandeln, von dem Antragsteller „angesichts der Arbeiten des Parteitages“ zurückgezogen wurde, gelangte ohne Widerspruch die Frage der Budgetbewilligung als besonderer dritter Punkt auf die Tagesordnung. Der Vorsitzende Genosse Singer schlug vor, Nebel als Referenten für diese Frage zu bestimmen und wählte zu einem Vertreter aus Baden und aus Bayern das Wort mit wünschenswerter Bedeutsamkeit zu geben; er teilte ferner mit, daß der Vorstand zu dieser Frage dem Parteitag eine Resolution unterbreiten werde.

Nähe-Wagdeburg begründete den Antrag, die auswärtige Politik ausführlich zu erörtern, hauptsächlich mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie nicht nur gegen die Kriegsbepfe protestieren müsse, sondern Karstellern solle, was sie zu tun bedenkt, um mehr als bisher auf diesem Gebiete praktisch einzuwirken und das Volk auf diese Fragen zu lenken. Der Antrag fand keine Annahme, Singer in Aussicht stellte, daß der Parteivorstand eine Resolution zur auswärtigen Politik vorlegen werde, wobei Gelegenheit auch zur Aussprache geboten würde.

Kun aber gestaltete sich sogleich der nächste Akt der Parteitagsfähigkeit zu einer Demonstration der auswärtigen Politik von großem Eindruck. Sobald die Tagesordnung festgesetzt war, erfolgte die Begrüßung durch die ausländischen Gäste. Schon die Anwesenheit dieser Gäste aus dem Ausland bedeutet eine neue eine Bekräftigung des internationalen Geistes der Arbeiter. Aber von höher aktueller Bedeutung war es, daß gerade aus England zwei Parteifreunde das Wort nahmen, um erst und nachdrücklich für den gemeinsamen Kampf der deutschen und der englischen Arbeiter gegen jeden Chauvinismus die Stimme zu erheben. Der englische Sozialist, so erklärte Quetch als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, werden alles tun, um den internationalen Konflikt im Reine zu erlösen. Nicht die Völker wollen den Krieg, sie sind in überwiegender Mehrheit friedlich gesinnt. Der Grund der Zwistigkeiten liegt bei den herrschenden Klassen, und auch in England betreibt die Diplomatie über die Köpfe des Volkes hinweg die Kriegsbepfe. Die großen Imperialisten, die vom Ausbruch eines Krieges Millionen Vorteile erwarten, sie schwören gleich Geiern über dem blutigen Schlachtfeld, um ihre Beute zu erwahnen. Wir englischen Sozialisten, so fuhr Quetch fort, protestieren gegen den un sinnigen Vorentwurf, gegen die Forderungen, die der König nach Rußland unternehmen, um dem blutigen Jaren die Hand zu reichen. Wir treten unermüdet ein für den internationalen Frieden, nicht für die Engländer, sondern als Vertreter der großen internationalen Sozialdemokratie. Die Völker selbst joden über ihre internationalen Beziehungen wachen und entscheiden. Genosse Sanders von der Arbeiterpartei, zugleich Vertreter der Arbeiterpartei, betonte in seiner Ansprache, wie sehr die Lebensinteressen der Arbeiter aller Länder mit der Sicherung des Friedens verknüpft sind. Nicht durch barbarische physische Kraft sollen Streitigkeiten entschieden werden, sondern durch Einrichtungen des Rechts und der Vernunft. Je besser die Arbeiter Deutschlands und Englands sich kennen lernen, um so schwerer werde es den Herrschenden sein, einen Krieg heraufzubeschwören.

Der Parteitag spendete den beiden Genossen aus England herzlichste Zustimmung. Die Verhandlungen des Parteitages haben so mit einer imponanten Kundgebung der Freundschaft zwischen den beiden Nationen begonnen, deren regierende Schichten andauernd bedrohliche Beunruhigungen wider einander herbeiführen.

Genosse Winarsky-Wien überbrachte die Grüße der uns ergebendsten österreichischen Sozialdemokratie und sprach auch die Zuversicht aus, daß wiederum die häßlichen Anfeindungen der Gegner auf Zwist innerhalb der deutschen Partei zu Wasser werden mögen. Guyman besprach die Entscheidung der belgischen Sozialdemokratie und geißelte die Raubpolitik „unseres sehr verlebten, aber wenig geliebten Königs“. Genossin Schöneberg sprach im Auftrag des russisch-jüdischen Arbeiterbundes; sie schilberte die furchtbare Schrecken Herrschaft des Faschismus, der sich blutig rächt für alle Jugendlände, die er in der Revolutionszeit hatte machen müssen; doch das russische Proletariat sei nicht mutlos, die Revolution werde wieder aufsteigen und dem Faschismus den Todesstoß versetzen.

Kun begann die Berichterstattung über die verschiedenen Vorträge des Parteivorstandes. Den Hauptbericht erstattete Genosse Müller, der jüngste unserer Parteiführer, in klaren, sachlichen Darlegungen. Er besprach Fragen der allgemeinen Organisation, ferner die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes, die Landarbeiterorganisation, die Frauenorganisation und schließlich

die Jugendorganisation. Zur letzteren Frage legte er dar, daß die Resolution, die der Parteivorstand mit der Generalkommission der Gewerkschaften ausgearbeitet habe, vielfach irrtümliche Auslegungen gefunden habe. Es sei nicht daran gedacht, die Jugendbildung etwa auf gewerkschaftliche Fachabteilungen zu beschränken, die Partei wolle ihr Bestes daransehen, um eine starke Jugendbewegung zu schaffen, nur dürfe diese Bewegung nicht völlig losgerissen von der Partei und den Gewerkschaften ihre eigenen Wege gehen. Sodann behandelte Parteisekretär Ebert die Frage der Kolonialen, von denen mittlerweile ein erheblicher Teil erfreulicherweise die Sonderbündel aufgegeben hat. Genosse Schulz erstattete den Bericht des Bildungsausschusses. Er besprach die Leistungen der Parteischule, die Wandertour, die Jugendbüchereiaustellungen. Im letzten Teil seiner Ausführungen unternahm der Redner einen Angriff gegen einen Artikel, den Genosse Maurerbrecher in der Frankfurter Tagespost über Arbeiterbildung veröffentlicht hat. Maurerbrecher soll für den Bau Nordbahnen demnach eine umfassende Verantwortlichkeit übernehmen und er hat in jenem Artikel seine Anschauungen darüber entwickelt, wie er sich die Verantwortlichkeit für die Arbeiterbildung denkt. Er warnt, die Genossen alsbald mit den schwierigen theoretischen Fragen zu befaßten, er wünscht in erster Linie Anschauungsunterricht besonders aus der Geschichte, er wünscht, daß der Unterricht vor allem dazu führt, daß die Arbeiterkraft aus den Ereignissen der Geschichte selbst Willens- und Tatkraft für die Gegenwart schöpfe. Schulz wandte sich lebhaft gegen die Warnung vor zu viel Theorie, vor der Uebertriebung der Schwierigkeiten, die der Arbeiter habe, wenn er sich theoretisch ausbilden wolle; die Theorie sei nicht nur für die Lehrer, sondern gerade für die organisierten Genossen nötig, weil sie allein Klarheit gibt, um sich in allen praktischen Fragen zurechtzufinden. Diese als überworfene Frage sollte dann fast die ganze Nachmittags-Sitzung des Parteitages lebhaft erörtern.

Nachmittags erstattete der Parteisekretär Ebert seinen Klassenbericht und den Bericht über den Stand der Parteipresse. Genosse Kaden gab den Bericht der Kontrollkommission, besprach eingelaufene Beschwerden und widmete dem verstorbenen Parteikontrollleur Franz Ehrhart ehrenvolle Worte treuen Gedenkens.

Die Vorträge zur Jugendorganisation wurden von einer 17 gliedrigen Kommission zur Vorbereitung überlesen. Die folgende Diskussion, die an Maurerbrechers Artikel anknüpft, nahm einen zum Teil sehr hitzigen Verlauf. Insbesondere die Parteischule und die Methode des Unterrichts in ihr wurden scharf anstritten. Genosse Eisner, Redakteur der Frankfurter Tagespost, verteidigte Maurerbrecher, der selbst nicht Delegierter ist, gegen die Vorwürfe, die Schulz erhoben hatte. Gegen Eisner wandte sich dann eine größere Zahl von Rednern, die Genossinnen Luxemburg und Zeilin, die Genossen Gruwald, Lengsch und andere. Eisner griff nochmals in die Debatte ein. Der wesentliche Inhalt der Auseinandersetzung ist kurz in folgendem zu bezeichnen:

Maurerbrecher und Eisner wollen vor Halbblüdig warnen; die Parteischüler, sagen sie, können nach halbblüdigem Unterricht nicht sofort selbst als Lehrer auftreten und etwa über die schwierigsten Theorien sprechen; sie wünschen ferner, daß neben der Parteischule auch Mittel für die Bildung der Massen im Lande selbst aufgewendet werden mögen. Von der anderen Seite wird die Kritik der genannten beiden Genossen scharf zurückgewiesen, weil sie die junge Parteileitung untergraben wolle; die Ergebnisse der Schularbeit seien vortrefflich, die Parteischüler bräuchten ihr gewonnenes Wissen in die weiteren Kreise der Genossen und im Lehren lernen sie weiter und verbessern sich immer mehr; die Kritiker der Parteischule dagegen hätten durch ihre Artikel und Reden gezeigt, daß sie selbst in der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus nicht Befehd wissen und daß sie nur gegen die ihnen nicht gefällende, an der Parteischule vorherrschende marxistische Richtung vorzugehen wollten. Auch einige Parteischüler beteiligten sich an der Debatte und wiesen die Vorwürfe der Kritiker der Schule durchaus von sich. Eine besonders praktische Folge kann dieses Gerede wohl nicht ergeben. Ein Antrag, der den weiteren Ausbau der Parteischule durch Sommerkurse fordert, wird morgen sicherlich zur Annahme gelangen.

Die Resolution des Parteivorstandes zur Budgetfrage ist bereits zur Verteilung gelangt. Die Resolution erklärt die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern für unvereinbar mit den Beschlüssen früherer Parteitage und wiederholt den überdies Beschlüsse in verschärfter Form: es soll das Staatsbudget in jedem Fall verweigert werden, es sei denn, daß die Ablehnung ein für die Arbeiterklasse ungenügendes Budget zur Folge haben würde. Ohne Zweifel wird diese Resolution zu sehr heftigen Debatten Anlaß geben. Heute abend beraten verschiedene Landmannschaften im engeren Kreise, welche Stellung sie zu dieser Frage einnehmen wollen. Vermutlich wird schon am Dienstag die Budgetdebatte ihren Anfang nehmen.

## Die französisch-spanische Marokko-Note.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien über die Bedingungen, unter denen die Algerierstädte die Anerkennung Mules Hafids aussprechen könnten, sind zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis ist in der Form einer Note den Mächten zugestellt worden. Lieber den Inhalt des Dokuments wird berichtet:

Paris, 14. September. Die den Mächten heute überreichte französisch-spanische Note über Marokko stellt zunächst die Forderung auf, daß die Frage der Anerkennung Mules Hafids nach den Grundgesetzen gelöst werden soll, nach denen das Einverständnis der Mächte erhalten worden ist. — Frankreich und Spanien haben in Betracht gezogen, daß ihre besonderen Interessen in Marokko sie dazu bestimmen, den anderen Regierungen Vorschläge zu machen. Bei der Formulierung dieser Vorschläge haben sie es sich zur Richtschnur genommen, daß die Anerkennung des neuen Machen einzig und allein von der Erlangung von Garantien abhängig gemacht werden müsse, die gemeinsam für alle fremden Interessen gegeben würden.

Diese Garantien sollten sein: Bestätigung der Akte von Alcaezas und Billigung der zu ihrer Anwendung getroffenen Exekutivmaßnahmen, besonders der Rechte, die Frankreich und Spanien zur Ueberwachung der Einfuhr von Waffen übertragen sind; Ferner: Bestätigung aller anderen Verträge und Verpflichtungen des Machen gegen die fremden Regierungen, das Diplomatische Korps und gegen Privatpersonen. Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Schulden des Machen, während die Schuldforderungen der Privatpersonen später geprüft werden sollen. Bestätigung der Salamanca und die Entschädigungskommission für die Bezahlung der Entschädigungen durch den neuen Sultan. Amtlicher und ausdrücklicher Widerruf des Heiligen Krieges durch einen schriftlichen Brief an die Städte und Stämme. Sofortige Inangriffnahme der notwendigen Maßnahmen zur Herbeiführung der Sicherheit in der Umgebung der Häfen und auf den in das Innere führenden Hauptstraßen.

Falls diese Garantien gegeben sind, dank Mules Hafid als Sultan offiziell anerkannt werden, wobei die Mächte sich das Recht vorbehalten, unmittelbar von dem neuen Sultan die Regelung der Fragen zu fordern, die ihre eigenen Interessen betreffen, in besonderen, was Frankreich und Spanien betrifft. Wiedereinstellung ihrer militärischen Ausgaben und Bezahlung von Entschädigungen für die Ermordung Angehöriger ihrer Nationen. Ferner heißt es in der Note, daß es angemessen sein würde, wenn der neue Sultan für Kanbesgehährer in der Person Abdul Kasis Sorge trage. Schließlich empfiehlt sie die Beamten Abdul Kasis dem Wohlwillegefühl Mules Hafids.

Paris, 14. September. In der den Mächten überreichten französisch-spanischen Note über Marokko geht der Agence Havas aus guter Quelle folgende Erklärung zu: Frankreich hätte versucht sein können, die augenblicklichen Umstände zu benutzen, um die Anerkennung Mules Hafids von der vorherigen Erhebung der Angelegenheiten, die für Frankreich besonders Interesse haben, abhängig zu machen, aber es hat ein sehr ausgeprägtes Gefühl für seine Pflichten als europäische Macht und versucht es, sie mit seinen Rechten in Einklang zu bringen. Aus diesem Grunde war es mit Spanien der Ansicht, daß vor der Anerkennung Mules Hafids gewisse Garantien, die für alle ausländischen Interessen gemeinsam in Betracht kommen, gegeben werden müßten. Mules Hafid werde sich dem nicht entziehen können, denn er würde durch seine Anerkennung wertvolle Vorteile erhalten; besonders die Uebertragung der augenblicklich nach dem Namen von Abdul Kasis lautenden Konten bei der marokkanischen Schatzkammer auf seinen Namen. Die Garantien, die die Note von Mules Hafid verlangt, bedien sich mit denen, die er in seinem eigenen Interesse freiwillig geben sollte. Die Mächte werden, wenn sie die vorstehenden in der Note aufgezählten Garantien erlangt haben, offenbar Mules Hafid anerkennen. Diese Anerkennung würde natürlich für die einzelnen Mächte nicht das Recht aufheben, von dem Sultan die Regelung ihrer Sonderangelegenheiten zu fordern. Frankreich würde, ebenso wie Spanien, zu diesen Angelegenheiten die Wiederherstellung seiner für Marokko aufgewendeten militärischen Ausgaben und die Zahlung der Entschädigung für die Ermordung seiner Staatsangehörigen rechnen. Die Note erweise also als Ausdruck von Gefühlen der Wohlwilt, der Freundschaft und des Vertrauens gegenüber allen Mächten. Sie ist nicht gegen diesen oder jenen fremden Einfluß in Marokko gerichtet, sie ist vielmehr vollkommen europäisch, wenn man mit diesem Worte die Gruppe der Signatarmächte einschließlich der Vereinigten Staaten bezeichnet. Sie achtet die Rechte aller. Und jede Weigerung, sie zu prüfen, jede Beschränkung von Vorschlägen, wie es die formulierten sind, würde den Beweis liefern, daß die Mächte, die so handeln, Hintergedanken haben, die mit der Haltung der Algerierstädte wenig zu berechnen sind.

Betrachtet als die optimistische Auffassung, die in den Schlußsätzen der Agence-Havas-Meldung zum Ausdruck kommt, können die Betrachtungen von Gabriel Hanotaux, der mit Mules Hafids Anerkennung alle Hoffnungen Frankreichs sich zu finden sieht, in Marokko etwas zu erreichen. Er schreibt: „Man muß fürchten, daß Mules Hafid bald dazu kommen wird, Frankreich und Spanien zur Räumung der Häfen zu bewegen, die sie mit internationaler Einverständnis vorläufig noch besetzt haben. Dann wären alle unsere Anstrengungen vergeblich gewesen. Es ist hart, aber es muß gesagt werden, was wir dort verteidigen, das sind die letzten Felsen der seit sechs Jahren verfolgten Politik. Diese Politik hat von der Einigung Marokkos dahin geführt, es zu internationalisieren. Dann kam die Vollstreckung, die zum Zusammenbruch Abdul Kasis führte. Jetzt kommt Mules Hafids Anerkennung, die uns nach arge Verlegenheit bringen kann. Wir haben uns die Hände gebunden, als wir unsere Rechte der Anerkennung der Mächte untergeordnet haben. Wir müssen unsere Handlungsfreiheit zurückgewinnen und adwarten.“

San Sebastian, 14. September. Der Minister des Außen und der deutsche Geschäftsträger hatten heute eine Besprechung über den Inhalt der französisch-spanischen Note.

San Sebastian, 14. September. Der spanische Gesandte Merry de Val ist mit Anweisungen für die Anerkennung Mules Hafids nach Tanger abgereist.